

Schuldenmonitor 2006

Projektionen für Mecklenburg-Vorpommern



Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern betrug die Schuldenstandsquote zu Beginn des Basisjahres der Analyse (2005) 40,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Dies entspricht einem Schuldenstand von 7.451 Euro pro Kopf. Hinzu kommen für jeden Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns noch die Schulden des Bundeshaushaltes in Höhe von 10.582 Euro pro Kopf (38,9 Prozent des Bundes-BIP).

Mit der Fortführung der gegenwärtigen Ausgabenpolitik würde sich – selbst unter Berücksichtigung der angenommenen Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung – im Jahr 2020 eine Verschuldung in Höhe von 90,3 Prozent des BIP ergeben. Gleichzeitig würde die Pro-Kopf-Verschuldung auf rund 25.800 Euro ansteigen. Hinzu kämen auch hier die Schulden des Bundeshaushaltes, die bei rund 14.400 Euro pro Einwohner liegen würden.

Um die Verschuldung des Landes bis 2020 (gemessen am BIP) auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren, wäre - auf Basis der Haushaltszahlen aus dem Jahre 2005 - eine sofortige und dauerhafte Absenkung des Ausgabenlevels um 10,78 Prozent bzw. 830 Mio. Euro erforderlich. Dies entspräche 31,3 Prozent der Personalausgaben des Landes Mecklenburg-Vorpommern (inklusive der Gemeinden) im Basisjahr bzw. fast 117 Prozent der Sachinvestitionen.

Diese Einsparanstrengungen sind dauerhaft fortzuführen, d. h. die Ausgaben müssen bis zum Jahr 2020 auf dem (in Relation zum BIP) niedrigeren Niveau bleiben. Eine Erhöhung der Schulden im Umfang des BIP-Wachstums lässt die Schuldenstandsquote unverändert.

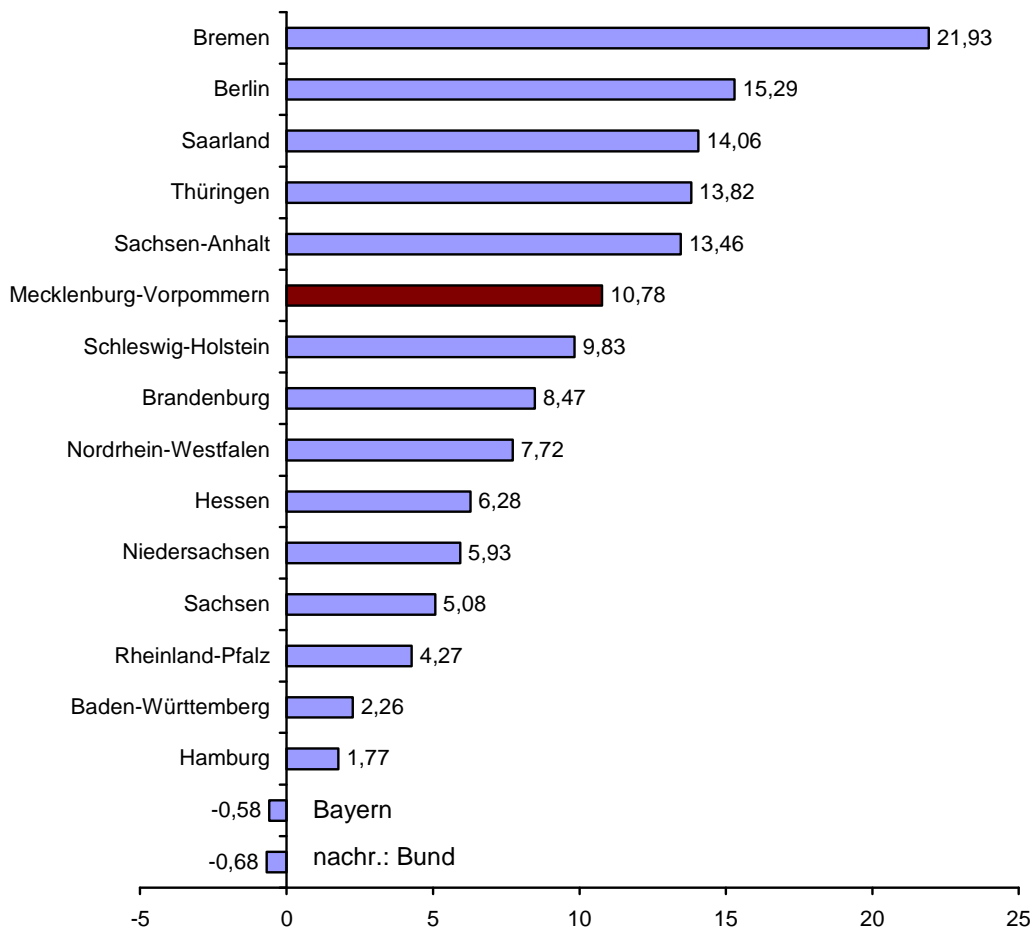
Im Vergleich zur Vorgängerstudie, die auf den Haushaltszahlen des Jahres 2003 basiert, hat der Konsolidierungsbedarf in Bezug auf die Primärausgaben (Ausgaben ohne Zinszahlungen) um 8,09 Prozentpunkte abgenommen.

1. Konsolidierungsbedarf (Variante mit Mehrwertsteuererhöhung)

Konsolidierungsbedarf für das Basisjahr 2005, um die Schuldenstandsquote langfristig (2020) konstant zu halten	
- gemessen am BIP	2,65 % des BIP
- gemessen an den Primärausgaben (Ausgaben ohne Zinsen)	10,78 % der Primärausgaben
- Absolutbetrag	830 Mio. Euro

Konsolidierungsbedarf (in Höhe von 830 Mio. €) im Vergleich zu		Konsolidierungsbedarf in Höhe von
- den Personalausgaben	= 2,649 Mrd. Euro	31,3 % der Personalausgaben
- den Sachinvestitionen	= 710 Mio. Euro	116,9 % der Sachinvestitionen

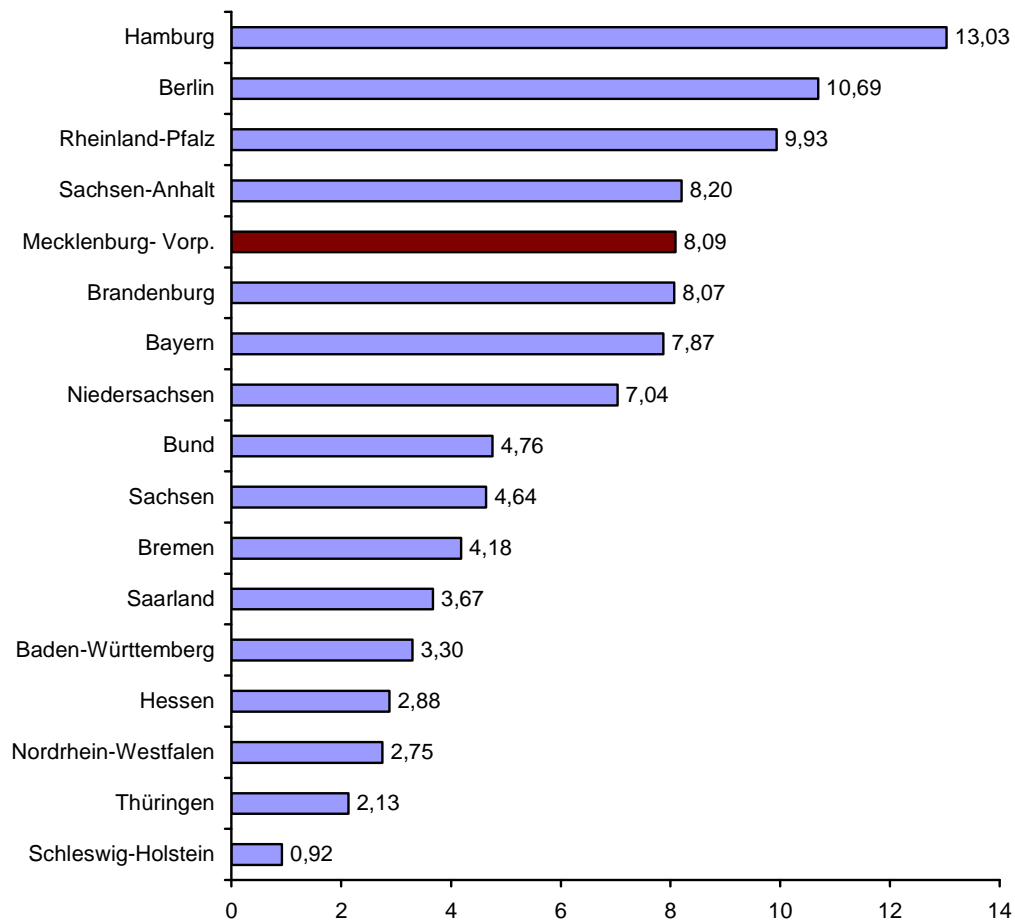
Konsolidierungsbedarf in Prozent der Primärausgaben der Länder inkl. Gemeinden und Gemeindeverbänden



2. Vergleich des Konsolidierungsbedarfs mit der Vorgängerstudie

Konsolidierungsbedarf für das jeweilige Basisjahr, um die Schuldenstandsquote langfristig (2020) konstant zu halten			Rückgang des Konsolidierungsbedarfs
	Studie mit Basisjahr 2003	Studie mit Basisjahr 2005 (Variante mit Mehrwertsteuererhöhung)	
gemessen an den Primärausgaben	18,87 %	10,78 %	8,09 Prozentpunkte

Rückgang des Konsolidierungsbedarf im Vergleich zum Basisjahr 2003, Angabe in Prozentpunkten



3. Projektionen der Schuldenstände

Projektion* der Schuldenstände im Fall einer Fortführung der aktuellen Haushaltspolitik (Variante mit Mehrwertsteuererhöhung)			
	Schuldenstand gemessen am BIP	Pro-Kopf-Verschuldung	
		des Landes (inkl. Gemeinden)	des Bundes
Basisjahr 2005	40,8 %	7.451 Euro	10.582 Euro
2010	46,4 %	10.271 Euro	12.022 Euro
2020	90,3 %	25.839 Euro	14.421 Euro
2030	162,4 %	63.031 Euro	17.455 Euro

* Es handelt sich hier nicht um Prognosen, sondern um Projektionen. Dabei wird fiktiv unterstellt, die gegenwärtige Haushaltspolitik würde ohne Korrekturen fortgeführt. Dies ist nicht wahrscheinlich, vor allem in den neuen Ländern ist in Folge des Auslaufens des Solidarpakts II eine Verringerung der transferinduzierten Ausgaben zu erwarten. Die Projektionen machen aber deutlich, was die Konsequenzen fehlender Anpassungen wären und quantifizieren auf diese Weise den Korrekturbedarf.

Kontakt:

Dr. Thieß Petersen
 Projektmanager Aktion Demographischer Wandel
 Bertelsmann Stiftung
 Telephone: + 49 5241 81 81218
 Email: thiess.petersen@bertelsmann.de

Dr. Ole Wintermann
 Projektmanager Aktion Demographischer Wandel
 Bertelsmann Stiftung
 Telephone: + 49 5241 81 81232
 Email: ole.wintermann@bertelsmann.de

www.aktion2050.de